

# B.Z.

Berliner Zeitung

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Es ist schon bemerkenswert: Seit mittlerweile drei Jahren kämpft die B.Z. darum zu erfahren, wo in Berlin im öffentlichen Raum noch wie viele Bomben liegen.

Es gibt die brillanten Gutachten. Und die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, den Inhalt zu erfahren. Zu dieser Meinung kam auch das Oberverwaltungsgericht.

Doch die Senatsverwaltung für Umwelt weigert sich trotz des Urteils, die Daten freizugeben – und begründet das ausgerechnet mit dem hohen Arbeitsaufkommen.

Ich möchte nicht erleben, was passiert, wenn ein normaler Bürger geltendes Recht umgehen würde. Wenn er zum Beispiel vor Gericht zu Sozialstunden verurteilt wird und das ignoriert, weil er keine Zeit findet, diese zu leisten. Im Zweifel würde er seine nicht vorhandene Zeit dann hinter Gittern absitzen müssen. Zu Recht.

Es geht in diesem Fall aber zum einen um die Pressefreiheit, die ignoriert wird. Um um die Justiz, die von Politikern und Verwaltung an dieser Stelle ganz offensichtlich genauso wenig respektiert wird. Das ist schon bitter.



Miriam Krekel,  
Chefredakteurin

Seit drei Jahren verlangt die *B.Z.* Auskunft darüber, wo in Berlin Blindgänger liegen. Die Umwelt-Behörde weigert sich – trotz eines Gerichtsurteils

# Welches Bomben- Geheimnis verschweigt uns der Senat?

## Berlin Mobil

### STAU/BAUSTELLE



**Chausseestraße (Mitte):** Richtung Friedrichstraße vor Hannoverscher Straße linker Fahrstreifen gesperrt.

**Buchholzer Straße (Niederschönhausen):** zwischen Beuthstraße und Grumbkowstraße sowie zwischen Wackenburgerstraße und Blankenburger Straße für beide Richtungen nur ein Fahrstreifen abwechselnd frei.

**Schönhauser Allee (Prenzlauer Berg):** stadteinwärts zwischen Topsstraße und Eberswalder Straße kein Abbiegen möglich.

**Eisenhutweg (Johannisthal):** Höhe Kreisverkehr Straße Am Flugplatz für beide Richtungen nur ein Fahrstreifen abwechselnd frei.

**Schönerlinder Straße/B 109 (Buch):** zwischen Am Posseberg und Am Vorwerk gesperrt.

### S-BAHN/U-BAHN/BUS



**S 1, S 2, S 25, S 26:** ab 22 Uhr keine Züge zwischen Yorckstraße/Großgörschenstraße und Gesundbrunnen.

**U 9:** Richtung Osloer Straße kein Halt Birkenstraße.

| INHALT          | TV    | 14           |
|-----------------|-------|--------------|
| Thema des Tages | 2/3   | Kino 26      |
| Berlin          | 4-11  | Kultur 12/13 |
| Leserbriefe     | 8     | Sport 28-31  |
| Politik         | 18/19 | Rätsel 16    |
| Service         | 21    | Wetter 17    |



Juni 2019. In unmittelbarer Nähe zum Alexa und S-Bahnhof Jannowitzbrücke wird bei Baggerarbeiten eine Fliegerbombe gefunden



Spezialisten der Berliner Polizei entschärfen die US-amerikanische 100-Kilo-Bombe in der Baugrube an der Voltairestraße

Von AXEL LIER  
Berlin – **Fast 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs liegen schätzungsweise noch immer 3000 Bombenblindgänger im Berliner Boden.**

Jeder Eigentümer kann durch einen Antrag bei der Senatsumweltverwaltung klären lassen, ob sein Grundstück mit Sprengmit-

teln und Munition belastet ist. 1500 Gutachten erstellen die Mitarbeiter jährlich – und bekommen so ein genaues Bild von der Bombengefahr in der Hauptstadt.

**ABER: Wo Berlin wie stark (oder wenig) belastet ist, soll streng geheim bleiben!**

Liegen Bomben unter Flughäfen, Bahntrassen, in U-Bahn-Tunneln, unter öffentlichen Wegen und Plätzen? Seit drei Jahren verlangt die B.Z. Auskunft darüber, klagte durch mehrere Instanzen vor Gericht (siehe Kasten).

Doch selbst nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) im August vergangenen Jahres weigert sich Umweltsenatorin Regine Günther (57, Grüne), die Informationen herauszugeben. Angeblich, weil der Arbeitsaufwand zu groß sei.

„Hier geht es nicht um angewendete Zeit“, sagt Rechtsanwalt Christoph Partsch, der die B.Z. vertritt. „das Verhalten der Senatsverwaltung ist unverfroren, sie missachtet schlichtweg das Urteil.“

Nach dem OVG-Beschluss musste die Senatsumweltverwaltung über den Antrag der B.Z. neu entscheiden. Doch sie lehnt es weiterhin ab, die Auskünfte zu erteilen.

„Wir geben nicht auf und haben Widerspruch eingelegt“, sagt Anwalt Partsch, „mit transparenter Verwaltung hat das nichts zu tun.“